

Pressemitteilung: Wandel-Euphorie trifft Wandel-Müdigkeit: Studie untersucht Resonanzpotential von Klimaschutzpolitik

Berlin, 14. Februar 2022

Um das Ziel der Klimaneutralität zu erreichen, muss die Resonanzfähigkeit von Klimaschutzpolitik ins Zentrum des Politikdesigns rücken. Zu diesem Schluss kommt eine **Studie im Auftrag der Wissenschaftsplattform Klimaschutz**. Jenseits der viel diskutierten Technologiestrategien wie dem Ausbau der erneuerbaren Energien, dem Aufbau einer Wasserstoffökonomie oder dem Umstieg auf E-Autos muss Politik für das Erreichen der Klimaneutralität auch die Innovations- und Veränderungspotentiale von Bürger*innen, Kommunen und Unternehmen stärken, schreiben die **Autoren Fritz Reusswig vom Potsdam-Institut für Klimafolgenforschung (PIK) und Christoph Schleer vom Sinus-Institut**.

Resonanzfähigkeit von Klimapolitik meint, dass Klimaschutzmaßnahmen an den Vorstellungen und Interessen der Betroffenen anschließen, um die Wahrscheinlichkeit von Zustimmung und aktiver Teilnahme und Trägerschaft zu erhöhen. Um das Resonanzpotential von Klimapolitik zu identifizieren, untersucht die Studie systematisch verschiedene gesellschaftliche Gruppen sowie im aktuellen Klimadiskurs weniger präzente Akteure wie Kommunen und kleine und mittlere Unternehmen (KMU) in ihrer Betroffenheit von und Haltung zu Klimapolitik – und leitet daraus Vorschläge und Empfehlungen ab.

Die klimapolitische Haltung der **Bevölkerung** kartiert die Studie anhand der in Sozial- und Marktforschung etablierten Sinus-Milieus. Neben neuen Unterstützermilieus für den Klimaschutz zeigt die Untersuchung, dass zunehmend auch Teile der gesellschaftlichen Mitte der Klimadebatte kritisch bis ablehnend gegenüberstehen, weil sie sich von der Veränderungsdynamik nicht mitgenommen fühlen.

„Es ist wichtig zu erkennen, dass die bei den Unterstützer*innen von Klimapolitik stark ausgeprägte Wandel-Euphorie zunehmend auch auf Skepsis stößt“, **erklärt Fritz Reusswig, leitender Autor der Studie**. „In relevanten Teilen der Bevölkerung finden wir Wandel-Müdigkeit oder sogar Wandel-Angst. Das trifft, vielleicht weniger überraschend, für das Milieu der Prekären und Traditionellen zu, vermehrt aber auch auf die Nostalgisch-Bürgerlichen und das Konsum-Hedonistische Milieu.“

Ein Grundproblem sehen die Autoren im Fehlen einer greifbaren Vision oder Erzählung von den Vorteilen der klimaneutralen Gesellschaft – hier sehen sie Politik und eine Vielzahl gesellschaftlicher Akteure gleichermaßen in der Pflicht. Diese Erzählung muss allerdings, damit sie nicht zum Werbe-Mythos verkommt, durch den Abbau von tatsächlichen Hemmnissen, Inkonsistenzen und sozialen Ungerechtigkeiten in der Klimapolitik unterfüttert werden. Daneben empfiehlt die Studie, milieu-spezifische Angebote sowohl für Gegner*innen als auch für Unterstützer*innen der Transformation zur Klimaneutralität zu entwickeln. Mit Blick auf die eher zurückhaltenden und skeptischen Gruppen raten die Autoren, statt auf radikalen Wandel in der Einstellung eher auf eine „Portfolio-Differenzierung“ zu setzen, die tatsächlich vorhandene Interessenlagen und Handlungsmöglichkeiten dieser Milieus schrittweise aktiviert, um so eine ablehnende oder skeptische Haltung stückweise abzubauen.

Kommunen können in vielfältiger Weise ein wichtiger Klimaschutzakteur sein. Die Untersuchung zeigt aber, dass Kommunen in Deutschland dieser Rolle bisher in sehr unterschiedlichem Maße gerecht werden. Die

Studie empfiehlt, die Rolle der Kommunen dadurch zu stärken, dass Dekarbonisierung zu einer kommunalen Pflichtaufgabe wird und gleichzeitig die finanziellen Möglichkeiten der Kommunen in diesem Bereich gestärkt werden. Neben der Bereitstellung öffentlicher Gelder, perspektivisch etwa über die Beteiligung an den Einnahmen aus der CO₂-Bepreisung, sollten Kommunen auch darin unterstützt werden, Finanzierungsmöglichkeiten für Klimaschutzaktivitäten auf den „grüner“ werdenden Finanzmärkten zu nutzen. Darüber hinaus zeigt die Studie Positivbeispiele auf, wie kommunale Klimaschutzaktivitäten auch zu wirtschaftlichen und weiteren Vorteilen geführt haben und betont die Bedeutung einer innovativen und an Klimaschutz und Klimaanpassung orientierten Wirtschaftsförderung als zukünftigem Standortfaktor.

Mit Blick auf den **Unternehmenssektor** regt die Studie einen stärkeren Fokus auf KMU an. Diese tragen in Deutschland knapp 40 Prozent aller Sachinvestitionen und etwas mehr als 40 Prozent der Bruttowertschöpfung bei, stehen aber selten im Fokus der klimapolitischen Diskussion. Eine zentrale Empfehlung der Autoren lautet, die Themen Klimaschutz und Klimaanpassung stärker zu verknüpfen, da der Klimawandel bereits heute Folgen für das Geschäftsmodell vieler KMU habe: Klimawandelbetroffenheit kann zum Mobilisierungsthema für Unternehmen werden, zugleich wird Klimaanpassung selbst zunehmend zum wichtigen Geschäftsfeld gerade für KMU. Darüber hinaus empfiehlt die Studie, für den Klimaschutz wichtige Bereiche wie Moorökonomie, Klimalandwirtschaft, Ernährungswende oder alternative Baumaterialien stärker durch die Brille neuer Geschäftsmodelle zu betrachten und diese politisch gezielt zu fördern.

Anita Engels, Mitglied des Lenkungskreises der WPKS und Professorin an der Universität Hamburg: „Die Studie zeigt die Perspektivverschiebung auf, die notwendig ist, um der Transformation zur Klimaneutralität die notwendige Breite und Tiefe zu geben, sowie das große Potential, das dafür in der Bevölkerung und bei verschiedenen gesellschaftlichen Akteurinnen und Akteuren vorhanden ist. Daraus leitet sich politischer Handlungsbedarf ab, aber auch weiterer Forschungsbedarf, um Resonanzpotential systematisch zu beschreiben und für politische Angebote zugänglich zu machen.“

Die Resonanzfähigkeit von Klimaschutzpolitik ist ein Thema des ersten Jahresgutachten der Wissenschaftsplattform Klimaschutz, das am 18. Februar 2022 in der Bundespressekonferenz vorgestellt wird.

Download der Studie: <https://www.wissenschaftsplattform-klimaschutz.de/de/Studie-Resonanz.html>

Über die WPKS:

Die [Wissenschaftsplattform Klimaschutz](#) (WPKS) wurde von der Bundesregierung eingerichtet, um sie bei der Umsetzung und Weiterentwicklung der deutschen Langfriststrategie zum Klimaschutz mit wissenschaftlicher Expertise zu unterstützen. Ausgewählte natur-, sozial-, rechts-, wirtschafts- und ingenieurwissenschaftliche Forschungseinrichtungen wirken interdisziplinär zusammen und treten in einen regelmäßigen Austausch mit Wissenschaft, Zivilgesellschaft und Politik, um zum Erreichen der internationalen, europäischen und nationalen Klimaschutzziele beizutragen. Ein unabhängiger, interdisziplinär besetzter [Lenkungskreis](#) mit acht angesehenen Expertinnen und Experten steuert die Plattform.